



In Deutschland werden stetig neue Flächen für Arbeiten, Wohnen und Mobilität versiegelt. Allein die Siedlungs- und Verkehrsfläche ist in den letzten 27 Jahren um 27,7 Prozent gestiegen. Symptomatisch für diese Entwicklung ist einerseits der Fakt, dass heute schon 60 Prozent der Einwohner Deutschlands in mittelgroßen und großen Städten ab 20.000 Einwohnern leben. Andererseits sehen sich genau diese Städte mit einem erheblichen Rückgang von Grünflächen konfrontiert. Für diese fortschreitende Versiegelung sind zwar auch immer Entscheidungen der Stadtspitzen verantwortlich, jedoch setzt das städtische Grün auch den seit einigen Jahren vorherrschenden Negativtrend der Schottergärten zu. Immer mehr Gartenbesitzer und Gartenbesitzerinnen greifen statt auf Pflanzen und Rasen auf Schotter und Kies zurück. Dafür gibt es unterschiedliche Gründe, die von der Minimierung des Pflegeaufwands bis zur Ästhetik reichen. Doch biologisch hat der Rückgang von städtischem Grün erhebliche Auswirkungen auf das Stadtklima, denn es erfüllt wichtige Effekte und Funktionen für die Lebensqualität der Menschen vor Ort. So warnt auch der Naturschutzbund vor den Schottergärten und ihren ökologisch negativen Folgen. Stadtgrün dämpft nämlich den Verkehrslärm, bietet Lebensraum für Tiere und Pflanzen, erhöht die Biodiversität und schafft Reserveflächen für Hochwasser und Starkregenereignisse. Darüber hinaus sind grüne Flächen auch Ort des Miteinanders und dienen der Vernetzung von unterschiedlich soziokulturellen Milieus.

# Gegen Schotterwüsten

Immer mehr Städte versuchen der Versiegelung von Flächen Einhalt zu gebieten und städtisches Grün zu schaffen. Aber auch private Haushalte werden durch entsprechende Satzungen in die Pflicht genommen.



Blumen oder andere Pflanzen sind in Kies- und Schottergärten eher selten zu finden.

Einige Thüringer Städte entscheiden sich der Versiegelung und dem Negativtrend der Schottergärten den Kampf anzusagen. Über Satzungen versuchen sie mithilfe von Ortsrecht konkrete Vorgaben für Freiflächen zu schaffen. So hat beispielsweise die Stadt Weimar seit den frühen 1990er Jahren eine sogenannte Freiflächengestaltungssatzung, die Begrünungsquoten von Wohn- und Industriegebieten vorsieht. Auch bei Zufahrten und Zugängen nehmen sie private

Bauherren in die Pflicht für eine angemessene Durchgrünung zu sorgen. Auch in der Stadt Eisenach regt sich Interesse für ein solches Vorhaben. Hier hat die DIE LINKE-Stadtratsfraktion die Verwaltung zur Erstellung einer solchen Satzung beauftragt, die die Begrünung von nicht überbauten Flächen, fensterlosen Fassaden und Flachdächern regelt. Somit sollen Schottergärten bald der Vergangenheit angehören. Auch zukünftig wird die Notwendigkeit von solchen Satzungen stei-

gen, sodass über den folgenden QR-Code auf einen Musterantrag zurückgegriffen werden kann.



## Kommunalpolitik als Schulfach?

Statt der großen Politik rückt in einer Schule Sachsen-Anhalt das Lokale in den Vordergrund.

Im Sozialkunde-Unterricht wird oft nur über die große Bundespolitik philosophiert. Selbst die Landesebene kommt deshalb oft zu kurz. Als Konsequenz findet die Kommunalpolitik im schulischen Politikunterricht kaum statt. Anders ist das im Nachbarland Sachsen-Anhalt. Hier wurde auf Initiative von Jugendlichen in der beschaulichen Stadt Sandersdorf-Brehna die Kommunalpolitik zum Schulfach. Hier hat der Jugendbeirat der Stadt in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung



und der Sekundarschule Roitzsch ein Konzept entwickelt, um Schülerinnen und Schülern innerhalb von vier Doppelstunden die Kom-

munalpolitik näher zu bringen. Vor den diesjährigen Sommerferien wurde das Projekt durchgeführt, dass neben einer Einführung in die Kommunalpolitik auch die Befragung des dortigen Bürgermeisters beinhaltet. Auch wurde über die Beteiligung von Jugendlichen bei kommunalpolitischen Themen gesprochen. Der Unterricht diente also nicht nur der Vermittlung von Wissen, sondern auch der aktiven Mitgestaltung der Jugendlichen an der Stadtpolitik. Bleibt zu hoffen,

dass auch dieses Konzept in die Thüringer Bildungslandschaft integriert wird.

### Impressum

DIE THÜRINGENGESTALTER  
Kommunalpolitisches Forum  
Thüringen e.V.  
V.i.S.d.P.: Markus Gleichmann  
Landesgeschäftsstelle  
Trommsdorffstraße 4  
99084 Erfurt  
Telefon: 0361 54128389